Friedliche Gesellschaften gemeinsam gestalten

Eine Einführung zum Zusammenhang von Frieden und nachhaltiger Entwicklung im Sinne der *Agenda 2030*

Foto: pixabay.com

Frieden und nachhaltige Entwicklung bedingen sich gegenseitig – das ist keine neue Erkenntnis. Insbesondere für zivilgesellschaftliche Akteure, die sich in Konfliktländern des Globalen Südens in den Bereichen Entwicklung, Frieden oder humanitäre Hilfe einsetzen, sind die Zusammenhänge deutlich spürbar. Vereinfacht gesagt: Dort wo Gewalt ein Land beherrscht, fallen Bemühungen zur Armutsbekämpfung auf unfruchtbaren Boden. Und das, was mühevoll und teilweise über Jahrzehnte hinweg an Fortschritten erarbeitet wurde, machen eskalierte Konflikte innerhalb kurzer Zeit wieder zunichte.

Neu ist, dass die Vereinten Nationen diesen Zusammenhang von Frieden und Entwicklung im Rahmen einer Resolution hervorheben, der *Agenda 2030*. In ihrer Präambel heißt es: »Ohne Frieden kann es keine nachhaltige Entwicklung geben und ohne nachhaltige Entwicklung keinen Frieden.« Die *Agenda 2030* bietet damit einen politischen Legitimations- und Handlungsrahmen, mit dem Akteure aus Entwicklungszusammenarbeit und Friedensförderung für gemeinsame Ziele enger zusammenarbeiten können.

Diese Handreichung beleuchtet die Querverbindungen zwischen Frieden und Entwicklung anhand folgender Ausgangsthesen:

1. Frieden und nachhaltige Entwicklung sind untrennbar miteinander verbunden und bedingen sich gegenseitig.

2. Frieden ist Grundvoraussetzung für die Überwindung drängender globaler Herausforderungen, wie Armuts- und Hungerbekämpfung, auf dem Weg hin zu einer besseren Zukunft für alle Menschen.

3. Bewaffnete Konflikte und Gewalt sind Kernherausforderungen unserer Zeit. Eine nachhaltige Zukunftsgestaltung unseres Planeten setzt voraus, dass es der Weltgemeinschaft gelingt, einen anderen, gewaltfreien Umgang mit Konflikten zu erlernen und umzusetzen.

Das komplexe Zusammenspiel von Frieden und Entwicklung

Zukunftsvertrag *Agenda 2030*

»Wir können die erste Generation sein, der es gelingt, Armut zu beseitigen, und gleichzeitig vielleicht die letzte Generation, die noch die Chance hat, unseren Planeten zu retten.« Mit diesem eindringlichen Aufruf zum Handeln wurde die *Agenda 2030* im September 2015 auf dem UN-Gipfel in New York verabschiedet. Mit ihr haben die Vereinten Nationen einen Zukunftsvertrag beschlossen, in dem sich die Weltgemeinschaft dazu verpflichtet, für die Erhaltung unseres Planeten einzutreten und eine bessere Zukunft für alle Menschen zu schaffen.

Die Resolution enthält 17 nachhaltige Entwicklungsziele, die sogenannten Sustainable Development Goals (SDG). Sie gehen die vielfältigen Herausforderungen unserer Zeit an: Überwindung von Armut, Hunger und Ungleichheiten, Gewaltprävention und Konfliktnachsorge, Klimawandel, Ressourcenschutz, nachhaltiger Konsum, hochwertige Bildung und ein gesundes Leben für alle Menschen.

Querschnittsthema Frieden

Der Komplexität einer globalisierten Welt tragen die Vereinten Nationen Rechnung, indem sie betonen, dass alle Ziele eng miteinander verbunden sind und sich gegenseitig bedingen. Gleichzeitig erkennt die Resolution den Zusammenhang zwischen Frieden und nachhaltiger Entwicklung an und konstatiert: Ohne Frieden kann es keine nachhaltige Entwicklung geben und ohne nachhaltige Entwicklung keinen Frieden.

Das Thema Frieden ist einer der fünf Grundpfeiler – *People, Planet, Prosperity, Peace und Partnership* – in der Präambel der Resolution und als eigenständiges Ziel zentral in der *Agenda 2030* verortet. Darüber hinaus wird Friedensförderung als Querschnittsthema und Schlüsselziel verstanden. Das heißt: Frieden ist Grundvoraussetzung für die Erreichung anderer Ziele wie der Bekämpfung von Armut und Hunger, der Förderung von sozialer, wirtschaftlicher und politischer Inklusion oder einem Ende der

Quelle: United Nations

Diskriminierung von Frauen und Mädchen. (siehe Konzept des positiven Friedens Seite 8).
Der Umkehrschluss dieser Formel lautet, dass Frieden langfristig nur dann möglich ist, wenn es gleichzeitig gelingt, faire, sozial inklusive und gerechte Gesellschaften zu schaffen. Darunter versteht die Resolution solche Gesellschaften, die ein menschenwürdiges, würdevolles und erfülltes Leben für alle ermöglichen und Rahmenbedingungen bieten, in denen Menschen ihr Potential voll entfalten können.

»Frieden« ist einer von fünf Grundpfeilern der *Agenda 2030*

In ihrer Präambel heißt es: »Wir sind entschlossen, friedliche, gerechte und inklusive Gesellschaften zu fördern, die frei von Furcht und Gewalt sind. Ohne Frieden kann es keine nachhaltige Entwicklung geben und ohne nachhaltige Entwicklung keinen Frieden.«

Quelle: Vereinte Nationen, *Transformation unserer Welt: die* Agenda 2030 *für nachhaltige Entwicklung*, Resolution der Generalversammlung, verabschiedet am 25. September 2015

Bewaffnete Konflikte und Gewalt als Entwicklungshemmnisse

Bewaffnete Konflikte und Gewalt gehören zu den Kernherausforderungen unserer Zeit. Aktuell leben rund 1,5 Milliarden Menschen in Ländern, die von Gewalt, Krieg und Fragilität (siehe Seite 4) geprägt sind. Bei etwas mehr als 7 Milliarden Menschen, die unseren Planeten derzeit bewohnen, bedeutet das, dass etwa jeder fünfte Mensch von gewaltsamen Konflikten oder fragiler Staatlichkeit betroffen ist. Wie drastisch Gewalt und Fragilität globale Entwicklungen prägen, lässt sich am Bedarf an humanitärer Hilfe aufzeigen, der in 4 von 5 Fällen durch politische Krisen ausgelöst wird. Prognosen zur globalen Armutsentwicklung zeigen, dass sich extreme Armut zunehmend in fragilen Staaten konzentrieren wird. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) schätzt, dass im Jahr 2030 mehr als 620 Millionen Menschen, etwa 80 Prozent der extrem Armen, in fragilen Kontexten leben könnten, wenn sich dieser Trend fortsetzt. Die OECD sieht Fragilität und bewaffnete Konflikte als eine der größten Bedrohungen für die Erreichung der Nachhaltigkeitsziele. Bewaffnete Konflikte und Fragilität wirken sich negativ auf das Leben von Millionen von Menschen aus. Armutsraten steigen in fragilen Kontexten, weil Lebensgrundlagen zerstört werden, Menschen von ihrem zuhause vertrieben und die Chancen für wirtschaftliches Wachstum, Entwicklung und Wohlstand zerschlagen werden.

Aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt?

Frieden ist nicht alles …

… aber ohne Frieden ist alles nichts. Das hat die *Agenda 2030* verstanden und fordert, dass sich die Anstrengungen zur Beilegung und Verhütung von Konflikten verdoppeln. Denn dort, wo Gewalt ein Land beherrscht, fallen Bemühungen zur Armutsbekämpfung auf unfruchtbaren Boden. Und das, was bereits an Fortschritten erreicht wurde, wird durch eskalierte Konflikte wieder zunichte gemacht.

In den Jahren seit der Millenniumswende wurden zwar teils ermutigende Erfolge in Bereichen wie Grundschulbildung für alle, der Reduzierung der weltweiten Armut oder einer Verringerung der Sterblichkeit von Kindern unter 5 Jahren erreicht. Aber die Erfolge waren ungleich verteilt. Die Bilanz der Millenniums-Entwicklungsziele zeigt: Es sind insbesondere die fragilen, von Gewalt und Konflikten betroffenen Staaten, die die geringsten Fortschritte erreicht haben, deren Situation stagnierte oder sich teilweise sogar verschlechterte.

Der Millenniumsbericht der Vereinten Nationen kommt zu dem Schluss, dass Konflikte »nach wie vor die größte Gefahr für die menschliche Entwicklung« darstellen. Die umfassende Friedensdimension der *Agenda 2030* und die Betonung des Zusammenhangs von Frieden und Entwicklung sind damit auch ein Ausdruck dafür, dass aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt wurde.

Quelle: Vereinte Nationen, *Millenniums-Entwicklungsziele.* Bericht 2015

Foto: pixabay

Fragile Staatlichkeit

International gibt es keine einheitliche Definition für fragile Staatlichkeit. Generell gelten jene Staaten als fragil (zerbrechlich), in denen die Regierung nicht willens oder in der Lage ist, staatliche Grundfunktionen im Bereich Sicherheit, Rechtsstaatlichkeit und soziale Grundversorgung zu erfüllen. Staatliche Institutionen in fragilen Staaten sind sehr schwach oder vom Zerfall bedroht; die Bevölkerung leidet unter großer Armut, Gewalt, Korruption und politischer Willkür.

Quelle: *Fragile Staatlichkeit – eine Herausforderung für die Entwicklungspolitik*, www.bmz.de

Fehlende nachhaltige Entwicklung als Konfliktursache?

Konflikte entstehen durch ein komplexes Zusammenwirken verschiedener Faktoren. Die Interpretation von Konfliktursachen und -hintergründen erfordert eine differenzierte Analyse. Es wäre beispielsweise zu einfach zu sagen, dass die Folgen des Klimawandels automatisch zu bewaffneten Auseinandersetzungen führen. Vielmehr können die vielfältigen Auswirkungen des Klimawandels als Risikomultiplikatoren verstanden werden, die die Wahrscheinlichkeit einer Entstehung oder Eskalation von Konflikten im jeweiligen Kontext erhöhen. Dies trifft insbesondere dann zu, wenn klimabedingte Umweltverschlechterungen mit weiteren Stress- oder Risikofaktoren wie ökonomischen Schocks, Urbanisierung, Ausgrenzung oder Ungleichheit zusammentreffen.

Das 21. Jahrhundert hält eine Reihe an weltumspannenden Herausforderungen bereit, aus denen eine vielschichtige Gemengelage an Stressfaktoren entsteht. Folgen des Klimawandels wie Dürrekatastrophen, Stürme und Überschwemmungen nehmen zu, verursachen Hungersnöte und zwingen Menschen dazu, ihre Heimat zu verlassen. Gleichzeitig werden natürliche Ressourcen wie Boden, Frischwasser oder Rohstoffe immer knapper und die Konkurrenz über ihre Verteilung nimmt weltweit zu. International agierende Konzerne bedienen eine beispiellose globale Nachfrage nach Rohstoffen. Für riesige Soja- oder Palmölplantagen wird klimafreundlicher Regenwald abgeholzt, werden massive Umweltschäden in Kauf genommen und Menschen gewaltsam von ihrem Land vertrieben. Kommen genügend solcher Stressfaktoren zusammen, kann der kombinierte Druck Gesellschaften und Staaten überfordern und das Risiko für politische Instabilität, zwischenstaatliche Spannungen, Gewaltausbrüche bis hin zu Bürgerkriegen steigt.

Menschliche Entwicklung in Konfliktländern

Der Weltentwicklungsbericht 2011 untersucht unterschiedliche Indikatoren wie Unterernährung, Einschulungsquoten, Kindersterblichkeitsraten oder Zugang zu Trinkwasser und vergleicht dabei fragile, von Konflikten betroffene Länder im Globalen Süden mit anderen, stabileren sogenannten »Entwicklungsländern«. Die Ergebnisse zeigen, dass Konfliktländer in nahezu allen untersuchten Indikatoren schlechter abschneiden.

Beispielsweise sind Kinder aus Konfliktländern im Vergleich zu Mädchen und Jungen aus stabileren Ländern im Globalen Süden doppelt so häufig unterernährt und haben dreimal so häufig keinen Zugang zu Grundschulbildung.

Quelle: The World Bank, *World Development Report 2011: Conflict, Security, and Development*, Washington, DC

Risikofaktor Ausgrenzung

Aktuelle Forschungsergebnisse zeigen, dass Ausgrenzung zu den größten Risikofaktoren für gewaltsame Konflikte gehört. Demnach ist die Wahrscheinlichkeit, dass sich eine Gruppe für Gewalt als Mittel der Durchsetzung ihrer Interessen entscheidet höher, wenn sie Ausgrenzung und Ungerechtigkeit wahrnimmt.
Gleichzeitig ist unsere Welt von extremen Ungleichheiten geprägt. 2017 veröffentlichte Oxfam eine Studie, nach der das reichste Prozent der Weltbevölkerung allein mehr besitzt als der ganze Rest zusammen.

Quellen:
The World Bank/United Nations, *Pathways for peace. Inclusive approaches to preventing violent conflict*, March 2018

8 Männer besitzen so viel wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung, www.oxfam.de

Wandbild in Burkina Faso
Foto: pixabay

Gewalt, bewaffnete Konflikte und Fragilität ernst nehmen

Soweit muss es nicht kommen, wenn Politik und Gesellschaft die Möglichkeit gewaltsamer Konflikte und ihre Folgen ernst nehmen und konsequent in Friedensförderung, Krisenprävention und nachhaltige Entwicklung investieren. Mit der *Agenda 2030* hat die Weltgemeinschaft bewiesen, dass sie die Dringlichkeit und Komplexität der Lage erkennt.

Doch den Worten und Analysen müssen nun Taten folgen: Seit 2010 sinken die jährlichen globalen Ausgaben für Krisenprävention und Friedensförderung. 2016 wurden weltweit lediglich 2 Prozent der öffentlichen Entwicklungshilfe für Konfliktprävention in fragilen Staaten bereitgestellt. 10 Prozent wurden für Friedensförderung ausgegeben. Die OECD mahnt, dass es jetzt für die Weltgemeinschaft an der Zeit ist, ihre finanziellen Verpflichtungen wahrzunehmen und gemeinsam die Herausforderungen anzugehen.

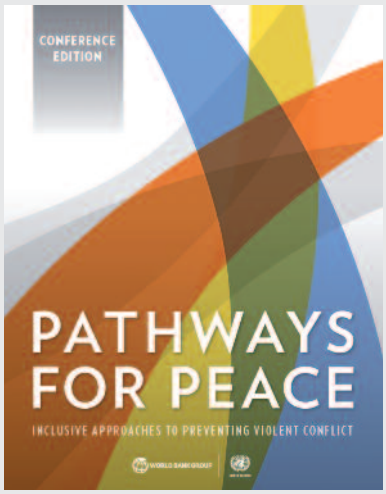
Frieden und Entwicklung am Beispiel Ernährungssicherheit

Am Beispiel Ernährungssicherheit lässt sich die Wechselwirkung zwischen Frieden und nachhaltiger Entwicklung veranschaulichen:

Einerseits sind gewaltsame Konflikte eine der Hauptursachen von Hungerkrisen. Laut dem *Global Report on Food Crisis 2017* waren 10 von 13 Hungerkrisen konfliktbedingt. Unter anderem zwingen Angriffe auf die ländliche Bevölkerung Menschen zur Flucht, was wiederum zur Folge hat, dass die ländliche Produktivität sinkt, Ernten ausfallen und Märkte nicht erreicht werden. In gewaltsamen Konflikten kommt humanitäre Hilfe zudem oft nur schwer oder gar nicht dort an, wo sie gebraucht wird. Das lässt sich aktuell beispielsweise im Jemen beobachten. In komplexen Konfliktsituationen wird die Verteilung von Nahrungsmitteln zudem häufig politisch instrumentalisiert.
Andererseits ist Nahrungsmittelunsicherheit nicht nur eine Folge von Gewalt und Konflikten, sondern kann gewaltsame Konflikte auch verursachen: So gab es im Jahr 2016 in 40 Ländern Unruhen wegen steigender Preise für Nahrungsmittel. Teil der Konfliktursachen im Kontext dieser »Hungerrevolten« waren in vielen Fällen weitere gesellschaftliche Faktoren wie die Ausgrenzung bestimmter Bevölkerungsgruppen oder eine wachsende Kluft zwischen Arm und Reich.

Quelle: Baxmann, Marc/Kruckow, Caroline, *Hungerbekämpfung und Friedensförderung: Wächst mit der* Agenda 2030 *endlich zusammen was zusammengehört?* Impuls 8/2017, Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung

Prävention zahlt sich aus



Prävention bedeutet, durch Vorbeugen spätere Kosten zu sparen beziehungsweise Schlimmeres zu verhindern. Unter Krisen- oder Gewaltprävention soll hier rechtzeitiges und angemessenes Handeln zur Verhinderung von Gewaltkonflikten verstanden werden. Darunter fallen beispielsweise Maßnahmen zur Dialogförderung, Versöhnung und Vergangenheitsbewältigung, die Stärkung von Demokratie und Zivilgesellschaft.

Bewaffnete Konflikte und Gewalt sind Kernherausforderungen unserer Zeit. Sie verschlingen Ressourcen, verursachen immenses menschliches Leid und machen es oft nahezu unmöglich, die Voraussetzungen für ein friedliches Zusammenleben zu schaffen. Eine nachhaltige Zukunftsgestaltung setzt voraus, dass die Weltgemeinschaft einen konstruktiveren Umgang mit Konflikten erlernt und umsetzt. Ein Ansatz dafür ist die Krisen- oder Gewaltprävention. Sie rettet Leben, verhindert die Zerstörung von Natur und Infrastruktur sowie die unsäglichen Gräueltaten, die in eskalierten Gewaltkonflikten begangen werden. Neben den offensichtlichen ethisch-moralischen Argumenten für Prävention zeigen neue Forschungsergebnisse: Prävention lohnt sich auch aus ökonomischer Sicht.

Im März 2018 wurde der Bericht *Pathways for Peace – Inclusive Approaches to Preventing Violent Conflict* veröffentlicht. Das 400-seitige Dokument präsentiert Analysen zur Entstehung von gewaltsamen Auseinandersetzungen und geht der Frage nach, wie Gewaltkonflikte verhindert werden können. Es ist die erste gemeinsame Studie von Weltbank und Vereinten Nationen dieser Art. Eines der Ergebnisse ist, dass Krisenprävention deutlich günstiger ist als späteres Intervenieren in Konflikte und die Kosten für Wiederaufbau. Zur Berechnung des volkswirtschaftlichen Nutzens werden drei Szenarien untersucht, die sich in den geschätzten Ausgaben für die Präventionsmaßnahmen und ihrer vermuteten Wirksamkeit unterscheiden. Zusätzlich erfasst werden die negativen Auswirkungen von Gewaltkonflikten auf wirtschaftliches Wachstum (beispielsweise aufgrund der zivilen Opfer) sowie die Ausgaben für Friedensmissionen und humanitäre Hilfe im Falle eines Konflikts.

Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass sich Prävention aus ökonomischer Sicht in allen drei Szenarien lohnt – selbst im negativen Szenario, das von hohen Ausgaben für Präventionsmaßnahmen bei gleichzeitiger geringer Wirksamkeit der Maßnahmen ausgeht. Im besten Fall könnte die internationale Gemeinschaft jährlich rund 1,5 Milliarden Dollar für Friedensmissionen und humanitäre Hilfe einsparen; denn diese sind im Vergleich zu Krisenprävention wesentlich teurer.
Dabei ist das Potential für Einsparungen sehr konservativ berechnet, denn die Kalkulation bezieht eine Reihe von Kosten nicht mit ein, die im Kontext bewaffneter Konflikte in der Regel anfallen. Weder die Kosten, die durch die gewaltsame Vertreibung von Bevölkerungsgruppen entstehen, noch Militärausgaben wurden berücksichtigt, die insbesondere in Ländern mit geringem Einkommen oft an anderer Stelle fehlen.

Gewaltkonflikte der Gegenwart – eine Trendumkehr

Die Bedeutung von Prävention wird angesichts der deutlich gestiegenen Anzahl bewaffneter Konflikte in den letzten Jahren besonders deutlich: Erstmals seit Jahrzehnten nehmen gewaltsame Konflikte wieder zu. 2016 war das Jahr mit der höchsten Zahl an bewaffneten Konflikten innerhalb der letzten 30 Jahre. Seit 2010 hat sich die Zahl der Gewaltkonflikte verdreifacht. Die internationale Kinderrechtsorganisation Save the Children geht davon aus, dass inzwischen jedes sechste Kind von bewaffneten Auseinandersetzungen betroffen ist.

Auch der Charakter der Konflikte hat sich verändert; sie sind intensiver und dauern länger. Durch eine steigende Anzahl an beteiligten Akteuren – insbesondere der nichtstaatlichen – werden sie komplexer und sie sind häufig eng mit globalen Herausforderungen wie internationaler Kriminalität oder dem Klimawandel verknüpft.

Quellen: The World Bank/United Nations, *Pathways for peace. Inclusive approaches to preventing violent conflict*, March 2018

Save the Children International, *The war on children. Time to end grave violations against children in conflict*, 2018

Wenig Glaube an Prävention?

Eine Vielzahl überzeugender Argumente spricht dafür, Konflikten vorzubeugen bevor sie entstehen. Wie kann es dann sein, dass dennoch nicht konsequent in Prävention investiert wird? Die Autorinnen und Autoren von *Pathways for Peace* bieten eine Reihe von Thesen als Erklärungsversuche an:

Über Prävention gibt es kaum Berichterstattung
Berichte über aufflammende Konflikte und Gewalttaten sind in den Medien an der Tagesordnung. Erfolgsgeschichten über die geglückte Verhütung gewaltsamer Auseinandersetzungen hingegen existieren kaum. Dabei gelingt es der Mehrheit der Länder in den meisten Fällen, ihre Konflikte friedlich beizulegen. Die fehlende Berichterstattung ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass es oft nicht möglich ist, die Abwesenheit von Gewalt auf eine spezifische Präventionsmaßnahme zurückzuführen. Anders formuliert: Wie kann die positive Wirkung einer Maßnahme bewiesen werden, wenn der Konflikt, auf den sich die Maßnahme bezog, nie stattgefunden hat? Außerdem laufen viele Aktivitäten zur Vermeidung von gewaltsamen Konflikten leise oder im Verborgenen ab: Das konstruktive Streitschlichtungsgespräch in einer Schule ist nun einmal weniger auffällig als eine blutige Schlägerei auf dem Schulhof.

Prävention erfordert vorausschauendes Handeln
Präventionsmaßnahmen begegnen Risiken frühzeitig – lange bevor ihre potentiellen Auswirkungen erkennbar sind. Prävention erfordert also, bereits knappe Ressourcen in die Bearbeitung eventuell zukünftig eintretender Risikoszenarien zu investieren. Dem steht die menschliche Eigenheit entgegen, stets daran zu glauben, das schlimmste Szenario werde schon nicht eintreten oder sich – wenn es doch soweit kommt – schon abwenden lassen. Wie schwer ein nachhaltiges, vorsorgendes Verhalten der Menschheit oft fällt, zeigt sich auch in anderen Bereichen: Es muss viel Aufklärungsarbeit geleistet werden, um Menschen davon zu überzeugen, dass eine gesunde Lebensweise das wirksamste Rezept für ein langes Leben ist und ein hochentwickeltes Gesundheitswesen zwar Krankheiten behandeln, ihnen aber nicht vorbeugen kann.

Krisen mobilisieren besser als präventives Handeln
Der Antrieb, gemeinsam zu handeln, um zukünftige Krisen zu verhindern, ist verhältnismäßig schwach. Die potentielle Bedrohung ist vage, schwer vorstellbar. Daher lösen oft erst die bereits eingetretenen Krisen eine Welle von Hilfsangeboten aus. Der Tsunami in Südostasien im Jahr 2004 verdeutlicht dies: Als Reaktion darauf gingen Rekordsummen an Spenden von Staaten, Organisationen und Privatpersonen ein – teilweise mehr, als vor Ort in Projekten sinnvoll verwendet werden konnte. Dies ist ein wertvolles Zeichen von Mitgefühl und internationaler Solidarität. Gleichzeitig birgt dieses Verhalten jedoch das Risiko, dass Gesellschaften und Staaten in einem Kreislauf gefangen sind, in dem sie nur noch auf bereits entstandene Krisen reagieren. Der Spielraum für langfristiges, vorbeugendes Handeln wird dabei immer kleiner.

Quelle: The World Bank/United Nations, *Pathways for peace. Inclusive approaches to preventing violent conflict,* March 2018

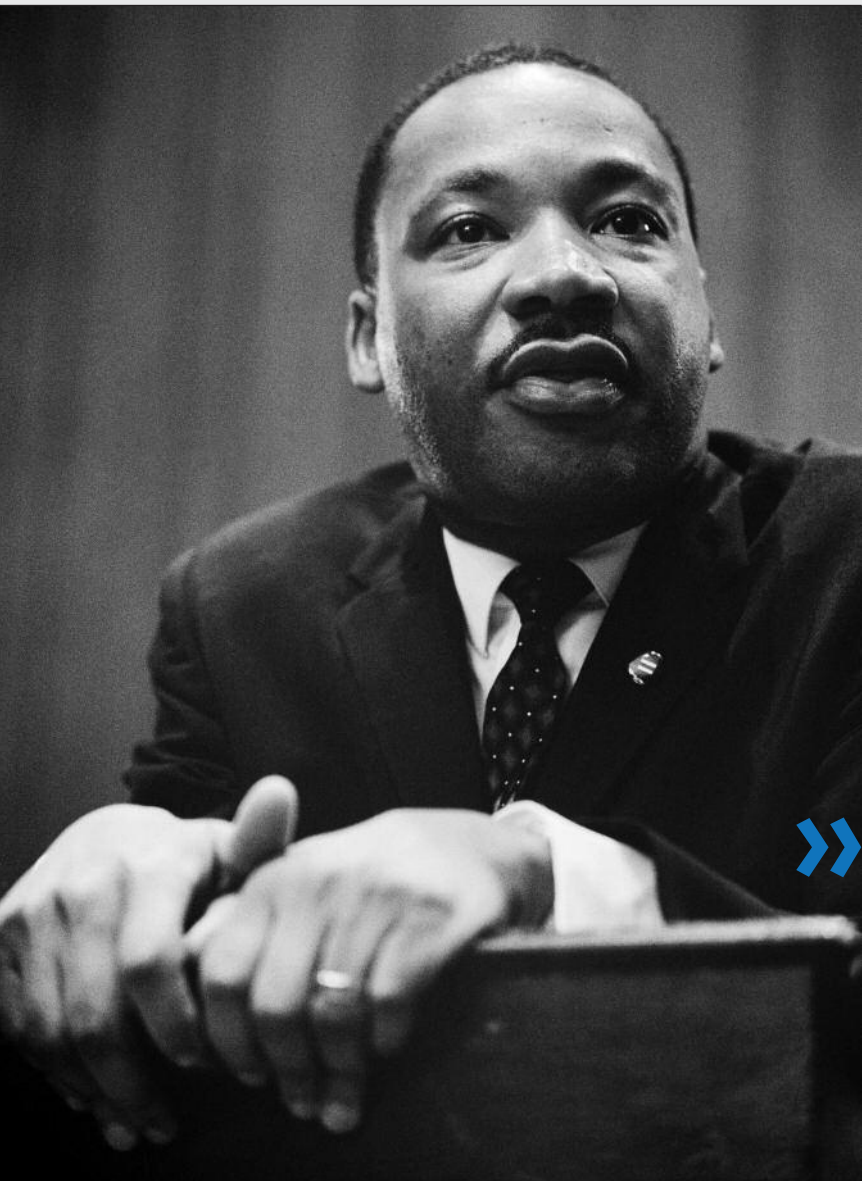
Lager für Binnenflüchtlinge in Garoowe, der Hauptstadt von Puntland, Somalia
Foto: Hedinn Halldorsson / Save the Children

Positiven Frieden entwickeln

Ein umfassendes Verständnis von Friedensförderung zielt darauf ab, Voraussetzungen für ein langfristig friedliches Zusammenleben zu schaffen. Diese Idee spiegelt sich sowohl in der ganzheitlichen Friedensdimension der *Agenda 2030* als auch im Konzept des positiven Friedens wider. Beide Ansätze bieten damit hilfreiche Orientierungsrahmen für Politik, Gesellschaft, zivilgesellschaftliche Akteure sowie friedens- und entwicklungspolitische Initiativen. Ihr Ziel sind Gesellschaften, in denen Menschen Gerechtigkeit und Würde erfahren und ihr Potential voll entfalten können. Dies erfordert einerseits, die Ursachen für die Entstehung von Gewalt und bewaffneten Konflikten anzugehen. Gleichzeitig sind Strukturen, Mechanismen und Kompetenzen für den konstruktiven Umgang mit Spannungen und Konflikten nötig.

Positiver Friede

Das Konzept des positiven Friedens geht auf den Friedensforscher Johann Galtung zurück. Frieden ist hier mehr als die Abwesenheit von Krieg oder physischer Gewalt. Das Konzept berücksichtigt auch strukturelle Gewalt, die sich beispielsweise über Ungleichheiten oder Diskriminierung manifestieren kann. Aus dieser Perspektive kann Frieden auch als ein Prozess abnehmender Gewalt und zunehmender Gerechtigkeit verstanden werden.



Das Konzept des positiven Friedens

Im Alltagsverständnis wird der Begriff »Frieden« meist verwendet, um einen Zustand ohne Krieg oder physische Gewalt zu beschreiben: etwa wenn in den Nachrichten von einer Waffenruhe zwischen verfeindeten Gruppen die Rede ist. Die tieferliegenden kulturellen und strukturellen Dimensionen von Gewalt, die sich zum Beispiel in der Benachteiligung bestimmter Bevölkerungsgruppen oder der ungleichen Verteilung von Chancen und Gütern zeigen, werden dabei nicht betrachtet.

Das Konzept des positiven Friedens geht davon aus, dass sich Frieden nur dort langfristig entwickeln kann, wo Menschen Gerechtigkeit, Teilhabe und Chancengleichheit erleben – und zwar ungeachtet ihrer Herkunft, Hautfarbe, Religion und ihres Geschlechts oder Status usw. Dazu sind Rahmenbedingungen und ein gesellschaftliches Klima nötig, in denen Menschenrechte und Vielfalt geachtet, Mitmenschlichkeit und Mitgefühl gelebt werden. Nachhaltige Friedensförderung, die sich am Konzept des positiven Friedens orientiert, hat ihren Auftrag also nicht erfüllt, wenn die Waffen schweigen. Sie versteht ihre Aufgabe vielmehr darin, in einem stetigen Prozess dafür zu sorgen, dass die Ursachen von Gewalt abgebaut werden und Gerechtigkeit zunimmt.

True peace is not merely the absence of tension: it is the presence of justice«
Martin Luther King

Frieden, Gerechtigkeit und Inklusion – Das Friedenspaket der *Agenda 2030*

Dieses allumfassende Verständnis von Frieden und Friedensförderung findet sich auch in der *Agenda 2030* wieder. Die Resolution betont, dass sich alle Ziele gegenseitig bedingen und nicht in Isolation voneinander umgesetzt werden können. Friedensrelevante Aspekte finden sich folglich nicht nur im Nachhaltigkeitsziel SDG 16 »Frieden und Gerechtigkeit«, sondern ziehen sich durch eine ganze Reihe an Zielen. Der »16+«-Ansatz hebt diejenigen Ziele hervor, die sich auf friedliche, gerechte und inklusive Gesellschaften beziehen. Insgesamt 36 Unterziele in 7 Nachhaltigkeitszielen haben aus dieser Perspektive einen direkten Bezug zu den Handlungsfeldern Frieden, Gerechtigkeit und Inklusion.

Diese sind neben **SDG 16** »Frieden und Gerechtigkeit«:

SDG 1 Armut in allen ihren Formen und überall beenden
SDG 4 Inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung
SDG 5 Geschlechtergleichstellung erreichen
SDG 8 Nachhaltiges Wirtschaftswachstum … und menschenwürdige Arbeit
SDG 10 Ungleichheit in und zwischen Ländern verringern
SDG 11 Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten
SDG 17 Globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung

Ziel 16 »Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen«

Friedliche und inklusive Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen.

Quelle: United Nations

Nach Marc Baxmann, dem Referenten für internationale Prozesse und Kommunikation bei der Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung, besteht die Herausforderung insbesondere für fragile und von Konflikten betroffene Staaten darin, diese Ziele als Paket – als Friedensdimension – zu verstehen. Die Aufgabe in der Umsetzung ist, nicht einzelne Unterziele herauszupicken, sondern integriert zu denken und interdisziplinär zu handeln.

Übersicht zum »16+«-Friedenspaket

Im Folgenden wird eine Auswahl an Unterzielen mit direktem Bezug zu den Handlungsfeldern Frieden, Gerechtigkeit und Inklusion dargestellt.

Friedliche Gesellschaften

- Bildung für nachhaltige Entwicklung … und eine Kultur des Friedens und der Gewaltlosigkeit (4.7)
- Gewalt und die gewaltbedingte Sterblichkeit deutlich verringern (16.1); Gewalt gegen Kinder (16.2), Frauen und Mädchen (5.2) beenden
- Illegale Waffenströme deutlich verringern (16.4)
- Sichere und verantwortungsvolle Migration und Mobilität von Menschen erleichtern (10.7)
- Zugang zu sicheren und inklusiven Grünflächen und öffentlichen Räumen gewährleisten (11.7)

Gerechte Gesellschaften

- Gleichberechtigten Zugang zu Bildung gewähren (4.5)
- Diskriminierung von Frauen und Mädchen beenden (5.1)
- Chancengleichheit gewährleisten … durch die Abschaffung diskriminierender Gesetze, Politiken und Praktiken (10.3)
- Arbeitsrechte schützen (8.8), menschenwürdige Arbeit und gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit erreichen (8.5)
- Rechtsstaatlichkeit auf nationaler und internationaler Ebene fördern (16.3)

Inklusive Gesellschaften

- Politische Rahmen und Investitionen in Maßnahmen zur Beseitigung der Armut unterstützen (1.b)
- Teilhabe von Frauen und ihre Chancengleichheit bei der Übernahme von Führungsrollen sicherstellen (5.5)
- Entscheidungsfindung inklusiv und partizipatorisch gestalten (16.7)
- Soziale, wirtschaftliche und politische Inklusion fördern (10.2)
- Gerechtes multilaterales Handelssystem fördern (17.10)
- Verstärkte Mitsprache der Entwicklungsländer bei der Entscheidungsfindung in den internationalen Wirtschafts- und Finanzinstitutionen sicherstellen (10.6)

Quelle: Pathfinders for Peaceful, Just and Inclusive Societies (siehe Seite 11)

Im Libanon bildet das Forum Ziviler Friedensdienst mit Partnerorganisationen »Community Mobilizer« in Ziviler Konfliktbearbeitung aus. Sie arbeiten in Gemeinden mit syrischen Geflüchteten und Einheimischen, vermitteln in Konflikten und initiieren kleine Projekte zur Stärkung des Gemeinwesens.
Foto: forumZFD/René Fietzek

Kompetenzen für den gewaltfreien Umgang mit Konflikten

Friedensförderung im Sinne eines positiven Friedens setzt also an einem ganzheitlichen Gesellschaftsentwurf an. Sie fördert den Aufbau von Gerechtigkeit und baut die Ursachen von Gewalt kontinuierlich ab. Um langfristig friedliches Zusammenleben möglich zu machen, brauchen Gesellschaften darüber hinaus auch das Handwerkszeug, um mit Spannungen und Konflikten konstruktiv – das heißt gewaltfrei – umzugehen. Die »Zivile Konfliktbearbeitung« hält ein breites Spektrum an Maßnahmen und Methoden dafür bereit. Ihr Ziel ist, Strategien, Strukturen und Kompetenzen einer Gesellschaft, ihrer Bürgerinnen, Bürger und Institutionen für den konstrukiven Umgang mit Konflikten zu stärken. Gesellschaften werden dadurch widerstandsfähiger und flexibler im Umgang mit Spannungen und Stressfaktoren und die Gefahr gewaltvoller Eskalationen sinkt.

Methoden der Zivilen Konfliktbearbeitung

Frieden heißt nicht, dass es keine Konflikte gibt. Vielmehr sind Spannungen und Konflikte unvermeidliche Elemente menschlichen Zusammenlebens und wichtige Signale, dass etwas der Veränderung bedarf. Wenn Konflikte konstruktiv und gewaltfrei bearbeitet werden, bergen sie Chancen für positive Weiterentwicklung und zwischenmenschliche Verständigung. Es geht also nicht darum, Konflikte zu verhindern, sondern einen neuen Umgang mit ihnen zu erlernen.

Die konstruktive (oder auch zivile) Konfliktbearbeitung ist eine übergreifende Bezeichnung für unterschiedliche Methoden, in einen bestehenden Konflikt einzugreifen, seine Eskalation zu verhindern beziehungsweise zu deeskalieren und in Nachsorge zu investieren. Die Maxime ist, Konflikte zivil – also nicht militärisch – gewaltfrei und konstruktiv zu bearbeiten. Die gewaltfreie Vorgehensweise fußt auf der ethischen Überzeugung und praktischen Erfahrung, dass wirklicher, umfassender, stabiler und gerechter Frieden nur auf friedlichem Wege erreicht werden kann. Akteure im Bereich der internationalen Friedensförderung wie beispielsweise der Zivile Friedensdienst betonen außerdem, dass Frieden nicht von außen verordnet werden kann, sondern von innen wachsen und zusammen mit lokalen Akteuren erarbeitet werden muss.

Die Interventionsmöglichkeiten der Zivilen Konfliktbearbeitung sind vielfältig, umfassen diplomatische, zivilgesellschaftliche und humanitäre Ansätze und werden jeweils an den spezifischen Kontext angepasst.

Einige Beispiele entlang der typischen Konfliktphasen – vor, während und nach der gewaltsamen Konfliktaustragung – verdeutlichen diese Möglichkeiten:

Prävention
Early Warning, Unterstützung bestehender Friedensinitiativen, Stärkung der Menschenrechte und Arbeit mit benachteiligten Gruppen.

Während der gewaltsamen Konfliktaustragung
Einrichtung gewaltfreier Zonen, Schutzbegleitung, Mediation, Verhandlungen und Runde Tische für Konfliktparteien.

Nachsorge
Wiederaufbau, Reintegration von Geflüchteten und Ex-Kombattantinnen und Ex-Kombattanten, Vergangenheitsarbeit, Aufarbeitung und Versöhnung.

Quellen

Baxmann, Marc, *Die* Agenda 2030*: Ein Instrument für nachhaltige Entwicklung in fragilen Staaten?*, Global Governance Spotlight, No. 4/2016, Stiftung Entwicklung und Frieden (SEF), Bonn

Baxmann, Marc, *Hilfreiches Prinzipienreiten: Wie die* Agenda 2030 *friedlichen Wandel in Konfliktsituationen ermöglichen kann*, Briefing Nr. 12, 1/2017, Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung

Baxmann, Marc, *Wie Pilze aus dem Boden: Neue globale Multi-Akteurs-Initiativen zur SDG 16 Umsetzung*, Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung, Blog-Eintrag vom 25. Oktober 2016 – 11:17 Uhr

Baxmann, Marc/Kruckow, Caroline, *Hungerbekämpfung und Friedensförderung: Wächst mit der* Agenda 2030 *endlich zusammen was zusammengehört?* Impuls 8/2017, Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung

Betriska, Lukas, *Klimawandel und sein Einfluss auf Konflikte*, Informationsblätter, Bund für Soziale Verteidigung, Februar 2018, Minden

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, *15. Entwicklungspolitischer Bericht der Bundesregierung: Entwicklungspolitik als Zukunfts- und Friedenspolitik*, Mai 2017

Organisation for Economic Co-Operation and Development (OECD), *States of fragility 2018*, OECD Publishing, Paris

Pathfinders for Peaceful, Just and Inclusive Societies, *The Roadmap for Peaceful, Just and Inclusive Societies – A Call to Action to Change our World*, 2017, Center on International Cooperation, New York

Rüttinger, Lukas, *Klimawandel als Risikomultiplikator und Konflikttreiber*, Bundeszentrale für politische Bildung, 21. März 2018

The World Bank/United Nations, *Pathways for peace. Inclusive approaches to preventing violent conflict*, March 2018

The World Bank, *World Development Report 2011: Conflict, Security, and Development*, Washington, DC

Save the Children International, *The war on children. Time to end grave violations against children in conflict*, 2018

Vereinte Nationen, *Transformation unserer Welt: die* Agenda 2030 *für nachhaltige Entwicklung*, Resolution der Generalversammlung, verabschiedet am 25. September 2015

Vereinte Nationen, *Millenniums-Entwicklungsziele. Bericht 2015*

Weingardt, Markus A., *Was Frieden schafft. Religiöse Friedensarbeit. Akteure Beispiele Methoden,* 2014, Gütersloher Verlagshaus

Über diese Handreichung

Die vorliegende Handreichung ist im Rahmen des von Ohne Rüstung Leben durchgeführten Projektes **»Friedliche Gesellschaften gemeinsam gestalten – die *Agenda 2030* unter dem Blickwinkel Frieden«** entstanden. Ihrer Erstellung vorausgegangen sind vier Workshops mit dem Titel »Konflikte verstehen – Friedliche Gesellschaften gemeinsam gestalten«. Die eintägigen Workshops richteten sich an friedens- und entwicklungspolitisch interessierte Multiplikatorinnen und Multiplikatoren. Sie fanden im Mai und Juni 2018 in Stuttgart, Tübingen, Heidelberg und Freiburg unter der Leitung von Kerstin Deibert, Referentin für Frieden und Entwicklung bei Ohne Rüstung Leben, und Dr. Martin Quack, Friedens- und Konfliktforscher, statt.

Die Handreichung richtet sich an alle, die am Zusammenhang von Friedensförderung und nachhaltiger Entwicklung interessiert sind und sich mit Fragen einer friedlicheren, nachhaltigeren Zukunftsgestaltung im Sinne der *Agenda 2030* befassen möchten. Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der friedens- und entwicklungspolitischen Bildungsarbeit möchte sie als Ressource bei der Durchführung ihrer Bildungsveranstaltungen unterstützen.

Die Handreichung *Friedliche Gesellschaften gemeinsam gestalten* (DIN A4, 12 Seiten) steht als PDF-Datei unter www.ohne-ruestung-leben.de/weiterbilden zum Download bereit. Die gedruckte Version kann – solange der Vorrat reicht – kostenlos bei der Geschäftsstelle von Ohne Rüstung Leben, Arndtstraße 31, 70197 Stuttgart, Telefon 0711 608396 angefordert werden.

Ohne Rüstung Leben schafft seit mehr als 40 Jahren Angebote, mit denen tausende Menschen für eine friedlichere Welt eintreten. Dazu gehören aktuelle Nachrichten und Einschätzungen zu friedenspolitischen Themen, Bildungsangebote für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sowie Kampagnen und Aktionen, die politische und gesellschaftliche Diskurse anstoßen.

Drei Themen bilden den Kern der Arbeit von Ohne Rüstung Leben: »Rüstungsexporte stoppen«, »Atomwaffen abschaffen« und »Frieden entwickeln«. Sie sind konkret umsetzbare Schritte auf dem Weg zu einer Vision: Krieg und Gewalt als Mittel der Politik zu ächten und Frieden ohne Waffen zu entwickeln.

Impressum

Herausgeber
Ohne Rüstung Leben
Arndtstraße 31
70197 Stuttgart
Telefon 0711 608396
Telefax 0711 608357
E-Mail orl@gaia.de
www.ohne-ruestung-leben.de

Verantwortliche Redakteurin
Kerstin Deibert

Gestaltung
Atelier Sternstein | manufactur m/M. Witthoeft

Bezug
www.ohne-ruestung-leben.de/weiterbilden

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein Ohne Rüstung Leben e.V. verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbH und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.

Das Projekt »Friedliche Gesellschaften gemeinsam gestalten – die *Agenda 2030* unter dem Blickwinkel Frieden« wird gefördert durch ENGAGEMENT GLOBAL mit finanzieller Unterstützung des

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

sowie vom Katholischen Fonds.